



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2023;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 15 02 Tit. 533 49)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 15 02 wird der Tit. 533 49 (Treibhausgasausgleich) gestrichen.

### **Begründung:**

Durch Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes soll die Verwaltung des Freistaats zur „Bekämpfung des Klimawandels“ in die „Klimaneutralität“ gezwungen werden. Um „klimaneutral“ zu werden, muss die Verwaltung Treibhausgasemissionen nach Möglichkeit vermeiden und die unvermeidbaren Treibhausgasemissionen durch geeignete Maßnahmen ausgleichen. Als geeignete Maßnahme wird vor allem der Erwerb von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten hervorgehoben.

Nach gängiger Erzählweise der Klimaschützer kann der Klimawandel nur dann effektiv bekämpft werden, wenn der weltweite Ausstoß von CO<sub>2</sub> radikal reduziert wird. Folglich kann ein verhältnismäßig kleiner Staat wie Deutschland (und somit auch Bayern) den Klimawandel im Alleingang nicht stoppen. Große Staaten wie die Volksrepublik China oder die Republik Indien, die zusammen weit mehr als ein Drittel des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Welt verantworten, zeigen allerdings keinerlei Ambitionen ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Im Gegenteil: China steigert nach wie vor seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß und baut in großem Umfang neue Kohlekraftwerke. Zwar hat China kürzlich einen eigenen, nationalen Emissionshandel eingeführt. Aber dieser Handel beschränkt sich auf wenige Teilnehmer, die noch dazu nicht zur Reduktion der Treibhausgasemissionen verpflichtet sind.

Die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen nehmen also zu – völlig unabhängig davon, ob die Verwaltung des Freistaats CO<sub>2</sub>-Zertifikate mit Steuergeldern erwirbt und sich dann „klimaneutral“ nennt. Der Treibhausgasausgleich ist also selbst innerhalb des Narrativs der Klimaschützer sinnlos, da die weltweit größten CO<sub>2</sub>-Emittenten dem deutschen und bayerischen Vorbild nicht folgen wollen.